



Pressemitteilung

20. Mai 2025

Dramatische Entwicklung der Kommunalfinanzen – Kommunale Landesverbände erwarten dringende Hilfe vom Bund und Land

*„Die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung sind Anlass zu allergrößter Besorgnis für die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Schleswig-Holstein. Sie bestätigen die seit Jahren bestehende strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene. Während die Sozialausgaben ungebremst steigen, verharren die Steuereinnahmen unter Berücksichtigung der Inflation nahezu auf der Stelle. Dadurch können die Kommunen immer weniger in die notwendige Infrastruktur investieren und Leistungen für die Bevölkerung aufrechterhalten. Es droht ein Einbruch der kommunalen Leistungen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unabdingbar sind“, mahnten die Geschäftsführer der kommunalen Landesverbände **Sönke Schulz, Jörg Bülow und Marc Ziertmann.***

*„Wir haben keine Zeit zu verlieren und müssen sofort gegensteuern. Bund und Länder müssen die Kommunen schnellstmöglich nachhaltig und langfristig stärken. Dafür brauchen wir insbesondere eine Erhöhung der kommunalen Anteile an den Gemeinschaftssteuern um die strukturelle Schieflage zu beseitigen,“ konkretisiert **Jörg Bülow**, Geschäftsführer des Gemeindetages, die kommunalen Forderungen.*

*„Aber auch wirksame Reformen, die den Ausgabenzuwachs der Kommunen bei den Sozialausgaben und den Aufgabenzuwachs begrenzen, seien längst überfällig.“, ergänzt **Marc Ziertmann**, Geschäftsführer des Städteverbandes. Die Kommunalen Landesverbände fordern ein neues Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen. Grundlage könne nur ein gemeinsames Aufgabenverständnis und eine klare Zuordnung sein, wer für was verantwortlich ist. „Wir erinnern daran, dass sich der Bund selbst im Koalitionsvertrag ins Stammbuch geschrieben hat, kommunale Aufgaben angemessen auszustatten und neue Verpflichtungen immer mit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung zu verbinden.“*

*„Als Sofortmaßnahme zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen muss daher das Sondervermögen des Bundes in diesem Sinne genutzt werden. Ein Großteil der Mittel für Schleswig-Holstein muss schnell und unbürokratisch den Kommunen zur Verfügung gestellt, die Bewilligung der Mittel für den Ausbau der Ganztagschulen muss unverzüglich wieder aufgenommen und die kommunalen Beiträge zur Haushaltskonsolidierung des Landes müssen zurückgenommen werden“, formuliert abschließend **Sönke Schulz**, Geschäftsführer des Landkreistages, die kommunale Erwartungshaltung.*

Zum Hintergrund:

Im Jahr 2024 fehlten den Kommunen in Schleswig-Holstein durchschnittlich 325 Euro pro Einwohner zum Haushaltsausgleich, in Summe knapp 1 Mrd. Euro. Im Jahr 2023 waren es 300 Mio. Euro. Die jüngste Steuerschätzung sieht im Zeitraum der Jahre 2025 - 2029 Mindereinnahmen gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Oktober 2024 in Höhe von 1,196 Mrd. Euro vor.